



RHEINLAND-PFALZ



Impfungen im Frühjahr

Seit drei Jahren grassiert im Alt-Regierungsbezirk Trier die Schweinepest in den Schwarzwildbeständen. Das Forstministerium bereitet für das kommende Frühjahr eine Impfkaktion gegen die Seuche vor.

Rund 80 Fälle von Schweinepest wurden in der Eifel registriert. Damit ist die Zahl der Funde verendeter Wildschweine im Vergleich zum Vorjahr nochmals drastisch angestiegen. Das Ziel, die Schwarzwildbestände auf zwei Stück pro 100 Hektar zu senken, konnte nicht erreicht werden, sagte ein Ministeriumssprecher. Jetzt sieht man sich in Mainz gezwungen die Schwarzwildbestände zu impfen, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. Im Frühjahr 2002 sollen medikamentöse Futtermittel

über Kirmungen ausgebracht werden. Die Aktion soll mindestens ein Jahr dauern. Die Finanzierung übernimmt nach Angaben des Ministeriums das Land.

Der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau forderte den Landesjagdverband auf, die Abschüsse der Sauen deutlich zu erhöhen. Der Präsident des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz, Kurt Alexander Michael, betonte auf einer Infoveranstaltung, dass aus IJV-Sicht nur jedes geschossene Schwein ein gutes Schwein sei. hho

Sauen über Sauen. Trotz intensiver Bejagung konnte der Bestand in der Eifel nicht auf das erforderliche Maß gesenkt werden. Die Behörden in Rheinland-Pfalz planen jetzt für 2002 eine Impfkaktion FOTO: W. RADENBAUM

Strahlenbelastung im Wald steigt

Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl und der damit verbundenen Verseuchung Westeuropas mit radioaktivem Cäsium ist die Belastung beim Schwarzwild jetzt wieder deutlich angestiegen.

Nach Angaben des Ministeriums für Umwelt und Forsten steigen die Cäsiumwerte im Wildbret über das zulässige Maß von 600 Bq/Kg seit 1997 wieder an. Erste Anzeichen für eine erhöhte Strahlenbelastung hatten aerogammametrische Luftaufnahmen des Bundesgrenzschutzes über dem Pfälzer Wald ergeben. Experten gehen davon aus, dass in Mastjahren Sauen weniger in verseuchten Bodenschichten brechen und damit weniger Cäsium aufnehmen. Der-

zeit zählen rund 45 000 Hektar Revierflächen zum Untersuchungsgebiet. Die Jägerschaft hat inzwischen eine Erklärung abgegeben, Wildbret von Schwarzwild auf radioaktive Belastung hin untersuchen zu lassen. Bei der Überschreitung der Grenzwerte wird das Wild entsorgt. Die Revierinhaber werden für den Wildbretverlust vom Bundesamt für Strahlenschutz entschädigt. Antragsformulare für die Entschädigung gibt es bei den Kreisbehörden. hho